Änderungen Ergebnishaushalt Nachtragsplanung 2018

Periodensaldo gesamt alt:	-21.631.777
Periodensaldo ord. Ergebnis alt:	-21.671.291
Periodensaldo gesamt neu:	-7.434.438
Periodensaldo ord. Ergebnis neu:	-7.403.952
Veränderung gesamt:	14.197.339
Veränderung ord. Ergebnis:	14.267.339

Stand: 31.10.2018

Summen gesamt:	19.467.976	4.200.000	5.846.743	4.776.108
Summen ord. Ergebnis:	19.467.976	4.200.000	5.776.743	4.776.106

Produktkonto	Bezeichnung	bew. Amt	Ansatz NT alt (nachrichtlich)	Ansatz NT neu (nachrichtlich)	Ertrag (+) +	Ertrag (-) -	Aufwand (+) +	Aufwand (-) -	Vermerke	Erläuterungen	Ord.-Ziffer
01010800.6161000120	Bauliche Instandhaltung und Bewirtschaftung Schulen im ÖPP	20	1.517.600	1.565.000			47.400			Erhöhung der Betriebsleistungen aufgrund der im Vertrag vereinbarten Anpassung der Entgeltindexierung zum 1. August und Übernahme Betriebskosten Kletteranlage Beethovenschule.	1
16020100.7354300020	Verbandsumlage LWV	20	32.400.000	32.500.000			100.000			Anpassung an den 2. vorläufigen Bescheid vom 29.08.2018	2
01010800.5410800060	Fördermittel FRAPORT, passiver Schallschutz	60	0	105.000	105.000					Einnahme auf Grund Abruf von Fördermitteln für die Erich-Kästner-Schule. Die Mittel werden voraussichtlich bereits Ende Oktober 2018 erwartet.	3
01010200.7178000011	Betriebsmedizin	11	107.800	170.000			62.200			Durch vermehrte Neueinstellungen werden auch mehr Untersuchungen notwendig	4
01010300.6840000011	Öffentliche Bekanntmachungen	11	48.675	80.000			31.325			Durch vermehrte Stellenausschreibungenn reichen die bisherigen Mittel nicht mehr aus.	5
01010700.7970000020	Zuführung zur Rückstellung aus Drohverlust Abwicklung Buchhügel	20	0	70.000			70.000			Nach Rücksprache mit der SOH sind 70.000 € einzuplanen.	6
01010800.6050000060	Heizung	60	3.500.000	3.304.894				195.106		Deckung für Mehrausgaben des Produktkontos 08020100.7680000052 "Verlustausgleich Betrieb Waldschwimmbad Rosenhöhe" gemäß StVV-Beschluss vom 16.08.2018. Die Änderung/Berücksichtigung auf dem Konto "Verlustausgleich Betrieb Waldschwimmbad Rosenhöhe" erfolgte bereits im Rahmen der regulären Anmeldung zum Nachtrag 2018.	7
02021100.6179000139	Digitalisierung Bestandsakten/Ordner	39	0	500.000			500.000			Im Zuge der Implementierung der digitalen Akten im Ausländeramt sind die Bestandsakten/Ordner seitens eines externen Digitalisierungsunternehmens zu scannen und elektronisch zur Verfügung zu stellen.	8
02021100.6831000039	Kosten Ausländerfachverfahren LaDiVA	39	100.000	136.895			36.895			Im Zuge der Implementierung der digitalen Akte im Ausländeramt sind laufende Kosten für das Produkt "ecm21-ASP LaDIVA-eAkte für das Ausländerwesen" an ekom21 zu zahlen. Aus diesem Grund geschieht die Veränderung des HH-Ansatzes.	9
01010700.6850000020	Dienstreisen	20	450	1.450			1.000			Mehr Dienstreisen als erwartet.	10
050101000.5471200150	Übergeleitete Unterhaltsansprüche in Einrichtungen	50	240.000	300.000	60.000					Die Anzahl der Personen, die zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden können, ist in den vergangenen Jahren angestiegen und liegt aktuell bereits über der Gesamtzahl 2017. Entsprechende Mehreinnahmen sind die Folge.	11
05010100.7230040150	Pflegegeld	50	350.000	310.000				40.000		Mit Inkrafttreten der Pflegestärkungsgesetze erfolgte in 2017 die Umstellung des Pflegegeldes von 3 Pflegestufen in 5 Pflegegrade. Die Mehrausgaben aus dieser Umstellung lagen unter unserer Kostenschätzung. Aufgrund der Entwicklung der letzten drei Monate wird der Ansatz angepasst.	12

I(A)0426/6

Produktkonto	Bezeichnung	bew. Amt	Ansatz NT alt	Ansatz NT neu	Ertrag (+)	Ertrag (-)	Aufwand (+)	Aufwand (-)	Vermerke	Erläuterungen	Ord.-Ziffer
05010100.7230040450	Andere ambulante Pflegeleistungen	50	4.900.000	4.400.000				500.000		Die Pflegestärkungsgesetze sehen ab 2017 5 Pflegegrade anstelle der bisherigen 3 Pflegestufen vor. Weiterhin spielen Merkmale wie „eingeschränkte Alterskompetenz" eine Rolle, die in der Vergangenheit nicht berücksichtigt wurden. Diese und eine großzügige Überleitungsregelung des Pflegestärkungsgesetzes führten in 2017 zu einem Anstieg der Ansprüche aus der Pflegeversicherung und damit verbunden zu einer Verringerung der Eigenanteile der Betroffenen bzw. des Sozialhilfeträgers. Weiterhin sind einige Hilfearten bzw. Verrichtungen aus dem Pflegekatalog herausgenommen worden und ab 2017 aus eigenen Mitteln bzw. aus dem Entlastungsbetrag zu finanzieren. Entsprechend der Entwicklung der letzten Monate wird der Ansatz erneut angepasst.	13
05010100.7235040450	Aufwendungen für stationäre Pflege	50	5.000.000	4.750.000				250.000		Aktuelle Minderausgaben aufgrund der nachhaltigen Auswirkungen des zweiten Pflegestärkungsgesetzes. In den Bestandsfällen (die sich zum 31.12.2016 bereits in einer Einrichtung befanden) sind die Pflegekosten in Fällen mit höheren Pflegegraden aufgrund des neuen einrichtungseinheitlichen Eigenanteils gesunken. In den Fällen mit niedrigeren Pflegegraden, in denen die Eigenanteile an den Heimkosten künftig höher liegen werden, sorgt ein Besitzstandsschutz aktuell für niedrigere Ausgaben. Demzufolge sind die monatlichen Heimkosten der Altfälle gesunken, während für Neufälle, die erst ab 2017 in einer Pflegeeinrichtung aufgenommen werden, höhere Heimkosten entstehen.	14
05030100.7252010250	Leistungen in bes. Fällen nach § 2 AsylbewLG	50	150.000	270.000			120.000			In einem kostenintensiven Einzelfall entstanden in 04/2018 monatliche stationäre Krankenhauskosten in Höhe von rund 65.000 Euro. Der Leistungsberechtigte ist zwischenzeitlich verstorben. Jedoch stehen noch zwei weitere Monate aus, die voraussichtlich mit der Abrechnung des dritten Quartals der AOK in Rechnung gestellt werden.	15
01010800.5300000560	Sonstige Mieten einschließlich Nebenkosten	60	1.000	32.910	31.910					Anpassung auf Grund StVV-Beschluss vom 16.08.2018 (DS-I(A)0450)	16
06060100.6089000120	Umsatzsteuer	20	0	5.000			5.000			Das Start-Projekt wurde zuvor steuerlich über die VHS abgerechnet. Ab dem HH 2018 erfolgt dies nun über das korrekte Produkt 0606100.	17
07030100.6089000120	Umsatzsteuer	20	35.000	50.000			15.000			Aufgrund höherer Nachzahlungen für die Jahre 2012 bis 2016 (eine Klärung steht derzeit noch aus) ist der Ansatz zu erhöhen. Auf Anforderung des Finanzamtes wurden diesem zusätzlich die Umsätze der Jahre 2007 bis 2011 gemeldet.	18
12010100.5488000060	Kostenersatz Erschließung/Straßenarbeiten	60	11.000	75.000	64.000					Beschluss Landgericht Darmstadt vom 23.05.2018, Vergleich Platz der deutschen Einheit.	19
12010100.6165000960	Wegesicherung und Beschilderung	60	648.000	723.000			75.000			Beschluss Landgericht Darmstadt vom 23.05.2018, Vergleich Platz der deutschen Einheit.	20
12010100.5100002360	Gebühren verkehrsrechtliche Anordnungen	60	40.000	90.000	50.000					Mehreinnahmen laut IST-Bestand.	21
01010200.6490100011	Beihilfen an Beamtinnen / Beamte	11	0	100.000			100.000			Die Beihilfekosten steigen derzeit stetig an. Aufgrund einer aktuellen Hochrechnung ist davon auszugehen, dass die eingeplanten Mittel nicht ausreichen. Die Planung der zusätzlichen Mittel erfolgt -zur besseren Übersicht- vorerst im Produktbereich des Personalamtes; im Anschluss daran erfolgt die Aufteilung in die jeweiligen Produktbereiche.	22
01010200.6200100011	Entgelte der Arbeitnehmer/innen	11	195.400	411.400			216.000			Bei der Planung 2018 wurde mit einer Tariferhöhung von 2 % geplant. Die tatsächliche Tariferhöhung ab 01.03.2018 liegt bei 3, 19 %. Die Differenz wird über den Nachtrag 2018 eingeplant. Die	23
01010200.64700100011	ZVK-Aufwendungen für Arbeitnehmer/innen	11	23.300	47.300			24.000			Bei der Planung 2018 wurde mit einer Tariferhöhung von 2 % geplant. Die tatsächliche Tariferhöhung ab 01.03.2018 liegt bei 3, 19 %. Die Differenz wird über den Nachtrag 2018 eingeplant. Die	24
01010200.6441100011	Beihilfen an Versorgungsempfänger/innen	11	88.300	238.300			150.000			Die Beihilfekosten steigen derzeit stetig an. Aufgrund einer aktuellen Hochrechnung ist davon auszugehen, dass die eingeplantenMittel nicht ausreichen. Die Planung der zusätzlichen Mittel erfolgt -zur	25

Produktkonto	Bezeichnung	bew. Amt	Ansatz NT alt	Ansatz NT neu	Ertrag (+)	Ertrag (-)	Aufwand (+)	Aufwand (-)	Vermerke	Erläuterungen	Ord.-Ziffer
01010200.6400100011	Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer/innen	11	63.100	123.100			60.000			Bei der Planung 2018 wurde mit einer Tariferhöhung von 2 % geplant. Die tatsächliche Tariferhöhung ab 01.03.2018 liegt bei 3, 19 %. Die Differenz wird über den Nachtrag 2018 eingeplant. Die	26
04020200.6179000094	Landesgeförderte Sondermaßnahmen	46	25.000	25.800			800			Korrigierte Aufteilung der Landesmittel aus Bewilligung des Antrages vom 02.10.2017.	27
04020200.5421000094	Zuwendung des Landes	46	25.000	25.800	800					Korrigierte Aufteilung der Landesmittel aus Bewilligung des Antrages vom 02.10.2017.	28
03130100.6880000040	Aus- und Fortbildung	40	3.000	5.083			2.083			Es handelt sich hier um die Mittel aus den Förderprogramm für die Stelle eines Salafismusbeauftragten gemäß Bescheid vom 26.06.2018 mit der Nummer II 25-58m 11/05-2018(267) vom RP Darmstadt (siehe Anlage). Im Rahmen des Deckungskreises werden hier auch die Dienstreisen für diese Stelle abgerechnet.	29
12030100.5401000060	Zuweisung des Landes § 43 FAG	60	21.000	27.200	6.200					Festsetzung der Zuwendung erfolgt durch das Land Hessen, Anpassung an tatsächliche Zahlung 2018.	30
12040100.5401000060	Zuwendung des Landes § 43 FAG	60	22.500	32.900	10.400					Festsetzung der Zuwendung erfolgt durch das Land Hessen, Anpassung an tatsächliche Zahlung 2018.	31
12020100.5401000060	Zuwendung des Landes § 43 FAG	60	25.000	30.600	5.600					Festsetzung der Zuwendung erfolgt durch das Land Hessen, Anpassung an tatsächliche Zahlung 2018.	32
16020100.5401010020	Schlüsselzuweisung	20	140.492.100	140.634.149	142.049					Anpassung aufgrund Mitteilung des RP Darmstadt vom 07.09.2018.	33
16010100.7790000121	Erstattungszinsen	20	1.800.000	1.100.000				700.000		Die bisher angeordneten Beträge – 1.074.967,75 € übersteigen bereits den Ansatz – 1.000.000,000 €. Wir sind gem. § 233a AO gesetzlich zur Zahlung verpflichtet. Aufgrund der Abhängigkeit der Erstattungszinsen zur Gewerbesteuer sind die Zahlen nicht vorhersehbar.	34
01010700.7490000020	Sonstige Steuern vom Einkommen und Ertrag	20	49.500	8.500				41.000		Reduzierung des Ansatzes aufgrund ausbleibender Gewinnausschüttung der SOH GmbH (keine Solidaritätsabschlag abzuführen)	35
01010700.7420000020	Kapitalertragsteuer	20	900.000	150.000				750.000		Reduzierung des Ansatzes aufgrund ausbleibender Gewinnausschüttung der SOH GmbH (keine Kapitalertragssteuer abzuführen)	36
01010700.5610000120	Gewinnausschüttung SOH	20	3.000.000	0		3.000.000				Aufgrund der aktuellen Haushaltsentwicklung (Einhaltung der Schutzschirmvorgaben) wird auf eine Gewinnausschüttung verzichtet.	37
01010700.6771000020	Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte	20	80.000	135.000			55.000			Die Mittel werden für die Entwicklung eines Tax Compliance Management Systems (interne Steuerrevision) benötigt.	38
										Die Änderungsmeldung Nr. 39 hebt sich mit der Zusammenführung der 1. und 2. Änderungsliste auf.	39
08020100.6165000091	Instandhaltung, Sanierung, Reparaturen auf Sportanlagen	49	50.000	350.000			300.000		Übertragbar gem. 21 GemHVO	It. Magistrats-Beschluß vom 17.10.2018 werden für die Sanierung des Kunstrasenspielfeldes, der Sportanlage Waldhofstrasse 29 in 63073 Offenbach (FC Germania Bieber), Mittel i. H. v. 300.000 € benötigt. Aufgrund der Eilbedürftigkeit der Sanierungsmaßnahme sind diese in 2018 noch mit einzuplanen.	40
04100100.6863000295	Projektmittel Forum Kultur (Veranstaltungskosten)	49	139.300	149.300			10.000			Die Druckkosten des NS Forschungsprojekts waren zu Beginn des Projekts noch nicht ermittelbar und wurden somit nicht eingeplant. Denn der Umfang der Texte und Abbildungen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar, die genauen Druckkosten richten sich aber u.a. genau danach. Die Phase der Forschung ist nun abgeschlossen und das Ergebnis soll über die Publikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.	41
05070100.5470400051	Ersatzleistungen von Dritten	51	700.000	1.400.000	700.000					Mehreinnahmen durch erweiterte Anspruchspopulation	42
05070100.5478100151	Erstattungen vom Land	51	3.500.000	3.300.000		200.000				Anpassung an das zu erwartende Rechnungsergebnis	43
05070100.7250001151	Leistungen an Berechtigte	51	5.000.000	4.300.000				700.000		Anpassung an das zuu erwartende Rechnungsergebnis	44
06010500.7250000251	Elternentlastung nach § 90 SGB VIII	51	5.490.200	4.690.200				800.000		Anpassung an das zu erwartende Rechnungsergebnis	45
06030300.7251000551	Pflegekosten § 34 (Heimerziehung)	51	11.500.000	10.700.000				800.000		Anpassung an das zu erwartende Rechnungsergebnis	46

Produktkonto	Bezeichnung	bew. Amt	Ansatz NT alt	Ansatz NT neu	Ertrag (+)	Ertrag (-)	Aufwand (+)	Aufwand (-)	Vermerke	Erläuterungen	Ord.-Ziffer
Zeile 8 ErgHH	Sonderposten			292.017	292.017					Sonderposten gem. Meldung Anlagenbuchhaltung (Produktkonten siehe Anmeldung)	47
Zeile 14 ErgHH	Abschreibung		15.477.746	16.542.436			1.064.690			Abschreibung gem. Meldung Anlagenbuchhaltung inkl. Einzelwertberichtigung anhand Buchungsstand 30.09.2018 (Produktkonten siehe Anmeldung).	
01010700.6166000120	Wartungskosten E-Bike	20	0	350			350			Neubeschaffung eines Akkumulators.	48
16010200.5500000020	Gemeindeanteil Einkommensteuer	20	55.300.000	54.700.000		600.000				Minderung aufgrund aktueller Prognosedaten.	
16010200.5504000020	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	20	12.600.000	12.200.000		400.000				Minderung aufgrund aktueller Prognosedaten.	
16010100.5553000021	Gewerbesteuer	20	70.000.000	88.000.000	18.000.000					Korrektur aufgrund des aktuellen Anordnungs-Soll.	
16010200.7380100020	Gewerbesteuerumlage	20	10.900.000	13.700.000			2.800.000			Erhöhung aufgrund aktueller Prognosedaten.	
01010300.6779000013	Entwicklung einer Leitlinie zur Bürgerbeteiligung	13							Übertragbarkeitsvermerk gem. § 21 GemHVO	Aufhebung der Auschreibung von 2018 aufgrund mangelhaftem Leistungskatalog der externen Anbieter und geplanter Neuausschreibung in 2019. Erste abrechenbare Leistungen werden erst in 2019 vorliegen.	49
02010300.6590000081	Externe Personalkosten	81							gegenseitige Deckung gem § 20 GemHVO	Aufnahme in den Deckungskreis 0108	50

Zwecks Sicherstellung der ordnungsgemäßen Verbuchung aller Zahlungsein- und -ausgänge im städtischen Haushalt, ist die Möglichkeit einer unterjährige Anpassung der Sachkonten erforderlich.